

ARE
Sektion Verkehrspolitik
3003 Bern

Bern, den 3. April 2009

Vernehmlassung Bundesbeschluss Finanzierungsetappe 2011-2014 für das Programm Agglomerationsverkehr

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir zur nächsten Finanzierungsetappe für den Agglomerationsverkehr gemäss Infrastrukturfondsgesetz Stellung. Die Bundesbehörden haben 2004 mit diesem Gesetz die richtigen Schlüsse aus dem klaren Volksentscheid gegen die Avanti-Initiative gezogen. Wir haben uns schon damals positiv zum Finanzierungssystem zur dringlichen Förderung des Agglomerationsverkehrs geäußert und erachten den Bedarf nach Verbesserung der Verkehrsinfrastrukturen in Städten und Agglomerationen mehr als nur begründet. Deshalb befürworten wir den Bundesbeschluss grundsätzlich, ohne uns noch zu einzelnen Vorhaben zu äussern.

Finanzrahmen

Sie weisen im Bericht darauf hin, dass der Finanzrahmen dazu zwingt, mit einschränkenden Kriterien den Umfang der Finanzierung den verfügbaren Mitteln von insgesamt 6 Milliarden Franken für 20 Jahre anzupassen. Wir würden uns einer Ausweitung des gesetzlichen finanziellen Spielraums nicht widersetzen.

Wir bedauern, dass wohl nicht zuletzt infolge des engen Finanzrahmens der maximale Beteiligungssatz von 50% bei keinem Projekt gesprochen wurde. Ihren Ausführungen gemäss, hat kein Projekt die dafür nötigen Maximalbeurteilungen erhalten. Solange dadurch mehr Projekte unterstützt werden können und die Kantone die Projekte dennoch mitfinanzieren, ist das verkehrspolitische Ziel nicht gefährdet. Der SGB erwartet deshalb, dass die finanziellen Restriktionen nicht zur Streichung von sinnvollen und nötigen Projekten darf. Andernfalls müsste der Finanzrahmen entsprechend angepasst werden.

Die zur Beurteilung angewandten Wirksamkeitskriterien – 1. besseres Verkehrssystem, 2. nach innen geförderte Siedlungsentwicklung, 3. weniger Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch, 4. mehr Verkehrssicherheit – erachten wir als verkehrs-, umwelt- und raumplanungspolitisch richtig und nötig.

Die für die Auswahl der Projekte notwendige Baureife und garantierte Finanzierung im Zeitraum 2011-2014 ist wichtig und eigentlich selbstverständlich. Hier stellt sich nur die Frage, ob heute schon baureife Projekte aus konjunkturpolitischen Gründen vorgezogen werden sollten. Damit würde allenfalls auch Spielraum geschaffen, aus finanziellen Gründen nicht berücksichtigte Projekte noch einzubeziehen.

Verteilung auf Regionen und Verkehrssysteme

Wir sind damit einverstanden, dass die Bundesbeiträge in erster Linie in die fünf Agglomerationen Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne gehen. Hier bestehen die grössten Probleme, und gemessen an der Bevölkerung wird hier auch die grösste Wirkung erzielt. Wir begrüssen auch, dass allen voran die grössten Investitionsvolumen in den Schienenverkehr (S-Bahn und Tram) gehen sowie dem in Städten hoch effizienten Langsamverkehr mehr Beachtung geschenkt wird.

Konsequenzen für den Betrieb

Mit dem Infrastrukturfondsgeld werden mehr und bessere Infrastrukturen geschaffen, das Angebot sinnvoll erweitert. Die Unternehmungen brauchen für den Betrieb zusätzliche Mittel und somit auch zusätzliche Abgeltungen. Steigen die Betriebsbeiträge nicht, leiden Unterhalt und Betriebs- und Arbeitsplatzqualität. Auch die Sicherheit (u.a. zunehmende Nacharbeit) kann davon negativ betroffen sein. Für den SGB ist es deshalb wichtig, dass die Bundesbehörden nicht nur höhere Investitionsbeiträge leisten, sondern auch die Konsequenzen bei den laufenden Betriebsbeiträgen ziehen und diese erhöhen.

Engpässe bei den Nationalstrassen

Die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes und die Beseitigung der Engpässe ist Teil der Ziele des Infrastrukturfondsgesetzes und grundsätzlich nicht bestritten. Wir verweisen hier aber auf unsere spezielle Stellungnahme im Rahmen der parallel laufenden Vernehmlassung, worin wir im Sinne der generellen Ziele zur Verkehrs- und Umweltpolitik des Bundes eine Gesamtsicht erwarten.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und freundliche Grüsse.

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Paul Rechsteiner
Präsident

Rolf Zimmermann
Geschäftsführender Sekretär